

Jahresbericht

2009

der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.



I. Vorwort

Die Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) legt hier ihren Tätigkeitsbericht für die Jahre 2007 bis 2009 vor. Er ist wieder recht umfangreich geraten und spiegelt damit die zahlreichen Aktivitäten, Projekte, Unternehmungen wider, die in, durch und mit der BAG W in diesem Zeitraum stattfanden. In einer Zeit, in der Armut immer weitere Teile der Bevölkerung erfasst oder bedroht, in der die Ausgrenzung von immer mehr Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben voranschreitet, wäre es verwunderlich, wenn nicht auch die Aktivitäten der BAG W ausgeweitet würden.

Dieser Bericht zeigt erfreulicher Weise auch, dass sich die Wohnungslosenhilfe in Deutschland noch weiter ausgebaut und fachlich ausdifferenziert hat. Ein Hilfesystem, das der sozialen Ausgrenzung und der Armut entgegen wirken, Notleidenden ihre Würde erhalten und Benachteiligten ihre Rechte bewahren bzw. verschaffen will, muss sich an deren Bedürfnissen orientieren. Diese sind aber – je nach konkreter Betroffenenengruppe – unterschiedlich. Es gibt eben nicht „den“ Wohnungslosen. (Schon mal gar nicht nur den, sondern eben auch „die“). Die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse erfordern eine Vielzahl von verschiedenen Hilfeangeboten, die so organisiert sind, dass von Wohnungslosigkeit Betroffene sie annehmen können, weil sie sich angenommen fühlen.

Die weitere Ausdifferenzierung der Hilfeangebote muss aber künftig auch stärker die Grenzen der „eigentlichen“ Wohnungslosenhilfe überwinden und sich in den Schnittstellen zu anderen Hilfesystemen z.B. für psychisch Kranke, für Suchtkranke, Jugendhilfe etc. bewegen.

Im Berichtszeitraum hat sich auch die BAG W neu organisiert: Eine neue Satzung wurde erarbeitet, die

Leitungsgremien erhielten mit Hauptausschuss, Vorstand und Präsidium einen neuen Zuschnitt. Die dafür notwendigen Beratungen, Arbeitsgruppen, Diskussionen erweckten manchmal den Eindruck die BAG W würde sich nur „mit sich selbst beschäftigen“. Dieser Tätigkeitsbericht belegt aber anschaulich, dass dem nicht so war, sondern dass die Energien für den Umgestaltungsprozess zusätzlich zu allen sonstigen Aufgaben erbracht wurden. Allen, die engagiert an diesem Prozess beteiligt waren, soll auch hier noch einmal ein herzliches Dankeschön gesagt werden!

Zu danken ist an dieser Stelle allen, die die BAG W in unterschiedlicher Weise unterstützt haben: Natürlich unseren engagierten Mitgliedern nicht nur für ihre finanzielle Unterstützung durch die Mitgliedsbeiträge, die ins. 2008 deutlich angestiegen sind, sondern ebenso für ihr großes Engagement in den Gremien und den Fachausschüssen der BAG W, bei der Teilnahme an Umfragen und Tagungen; dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das die finanzielle Hauptlast der BAG W trägt, den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe für ihre Förderung ins. des statistischen Dokumentationssystems der BAG W; den Spitzenverbänden und ihren Fachverbänden sowie den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel für ihre besondere finanzielle Förderung und ihre politische Unterstützung;

Die Mitgliedschaft, ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihr großes Engagement sind die eigentliche Basis der fachlichen Arbeit. Es ist wohlthuend festzustellen wie viele Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedereinrichtungen sich in den Fachausschüssen, ad hoc-Arbeitsgruppen, Tagungsvorbereitungen engagiert beteiligen. Ihnen allen gebührt Respekt und Anerkennung, sie gewährleisteten die Lebendigkeit der BAG W.



Auch den den Mitgliedern der Bundesbetroffeninitiative wohnungsloser Menschen möchte ich herzlich danken: Seit 2008 arbeiten ihre Mitglieder nicht nur im Vorstand, sondern auch in den Fachausschüssen der BAG W mit. Die Stärkung der Partizipation, aber auch der eigenständigen politischen Interessenvertretung der BBI war seit Ende der 80-er Jahre ein stetes Anliegen der BAG W und konnte im Berichtszeitraum deutlich gestärkt werden.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle gilt mein besonderer Dank für den außerordentlich engagierten Einsatz in diesen letzten Jahren. Ich weiß, dass gelegentlich Situationen entstanden, bei denen die Geschäftsstelle bis über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belastet wurde. Die dabei gezeigte Verantwortlichkeit und Verlässlichkeit verdient Anerkennung.

Winfried Uhrig
Vorsitzender der BAG W

II. Einführung

Die Jahre 2007 - 2009 standen im Zeichen der mit der Agenda 2010 verbundenen zahlreichen Umwälzungen im Sozialleistungssystem Deutschlands und ihrer Folgewirkungen für die Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und besonderen sozialen Schwierigkeiten.

So stellte sich infolge dieser Entwicklung deutlicher als bisher die Frage des Zuschnitts der Hilfen: Muss die bisherige Wohnungslosenhilfe sich nicht stärker auf dem Gebiet der Prävention von Wohnungsverlusten engagieren? Wie ist es um ihre Aufgabenwahrnehmung im Feld der zunehmenden Segregation städtischer Quartiere und unzureichender Wohnbedingungen bestellt? Schon die Ergebnisse des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“ hatten diese Fragen aufgeworfen, aber die zunehmende soziale Spaltung und Entsolidarisierung im Zuge der Agenda 2010 machte ihre Beantwortung dringlicher.

Die Arbeit der BAG W von 2007 - 2009 spiegelt erste Antworten auf diese Fragen und die verschärften sozialen Probleme wider. So ist der vorliegende Rechenschaftsbericht der Jahre 2007 - 2009 zugleich eine erste Zwischenbilanz der Folgewirkungen der Agenda 2010 im Hilfefeld.

Im Bereich des Sozialrechts untersuchte der **Fachausschuss (FA) Sozialrecht** der BAG W die konkreten gesetzlichen Änderungen, ins. im SGB II und XII und machte zahlreiche Änderungsvorschläge für den Gesetzgeber. Entsprechend der deutlich gestiegenen Bedeutung der Arbeitshilfen durch die Verstärkung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, formulierte der **FA Arbeit** eine Grundsatzposition für die arbeitsmarktpolitische Positionierung der BAG W. Der **FA Wohnen** bearbeitet intensiv die Folgewirkungen der „Hartz IV-Gesetzgebung“ für die Wohnungsversorgung und der **FA Dokumentation** passte anlässlich der grundlegenden Überarbeitung der

Sozialberichterstattung in der Wohnungslosenhilfe etliche Indikatoren an die neue Gesetzeslage an. Auch der **FA Frauen** untersuchte in verschiedenen Fragestellungen die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung. Der **FA Gesundheit** konnte über gezielte Erhebungen und Analysennachweisen, dass sich die Gesundheitsversorgung wohnungsloser Menschen in Folge der Umsetzung der Agenda 2010 im Gesundheitsbereich deutlich verschlechtert hat. Und der **FA Beratung, Therapie, Versorgung** änderte in Reaktion auf die neuen Entwicklungen den Zuschnitt seines Aufgabengebietes (FA Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung) und widmete sich der Vorbereitung zur Erarbeitung eines Positionspapiers für die Verstärkung der Sozialplanung in der Wohnungslosenhilfe.

Viele fach- und sozialpolitische Arbeiten der Fachausschüsse fanden ihren Weg in die fach- und sozialpolitische Debatte über eigenständige Positionspapiere (Vergl. S. xx). Zusätzlich wurden diese Themen über zahlreiche bundesweite Fachtagungen (Vergl. S. xx) aufgearbeitet, die in unsere Fachzeitschrift *wohnungslos* (S. xx) oder in eigenen Publikationen des BAG W - Verlags (s. xx) veröffentlicht wurden. Die wachsenden Teilnehmerzahlen bei allen Fachtagungen zeigen, dass die BAG W in der Lage war angesichts des Problemdrucks die richtigen Fragen zu stellen und eine professionelle Plattform für die Entwicklung von Lösungen zu bieten.

Nicht so sichtbar, aber gleichwohl wirksam sind die vielen Vortrags- und Vertretungsaktivitäten der FachreferentInnen der Geschäftsstelle, die die Lobbyarbeit und sozialpolitische Vernetzung der BAG W mit ihren zahlreichen Partnerorganisationen auf Bundesebene fördern (Vergl. S. xx). Gleiches gilt auch für die fortlaufende europäische Vernetzung mit Partnerorganisationen aus ganz Europa über den europäischen Dachverband der Wohnungslosenhilfe FEANTSA, den die BAG W 1989 maßgeblich mit begründete und der 2009 auf sein 20-jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Der Jahresbericht 2007 - 2009 enthält eine Auswahl der wesentlichen Ergebnisse aus den genannten Arbeitsgebieten. Er soll nicht nur als Leistungsbilanz dienen, sondern auch dazu anregen, diese oder jene Publikation nachzulesen.

2008/ 2009 wurde deutlich, dass mit der Weltwirtschaftskrise weitere große Herausforderungen auf die Hilfe für Menschen in Wohnungsnot und die BAG W warten. Die BAG W wird sich diesen neuen Herausforderungen stellen und weiß dabei das Vertrauen der Förderer und Mitglieder auf ihrer Seite. Nur gemeinsam werden öffentliche und frei- gemeinnützige Träger die sozialen Verwerfungen der größten Krise seit 1929 bewältigen können.

Wir danken dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) für den Zuschuss, der jährlich im Rahmen einer Projektförderung gewährt wird.

Dr. Thomas Specht
Geschäftsführer der BAG W

III. Daten zum Hilfesystem 2007

Die BAG W hat für das Jahr 2007 Struktur und Kapazität des Systems der Wohnungslosenhilfe in Deutschland erhoben. In Tabelle 1 wird u.a. die Anzahl der Hilfeangebote nach Arbeitsfeldern resp. Hilfeformen dargestellt. Insgesamt wurden 800 soziale Dienste erfasst. Dies entspricht ungefähr der Zahl der im Gesamtverzeichnis der Wohnungslosenhilfe „Wo + Wie“ erfassten Dienste und kommt somit fast einer Vollerhebung gleich.

Struktur der Hilfeangebote

Der stationäre Sektor (allgemeines stationäres Angebot) umfasst mit 211 Diensten ca. ein Viertel des Hilfeangebots, während der teilstationäre resp. ambulante Sektor 75 % der Hilfeangebote stellt. Zu Beginn der 90er Jahre betrug das Verhältnis dieser beiden Sektoren ca. 50 : 50; somit ist ein Zuwachs des ambulanten Sektors um 25 % zu verzeichnen. Damit hat sich die Ambulantisierung der Wohnungslosenhilfe deutlich fortgesetzt und man kann heute von einer eindeutigen Dominanz der offenen Hilfen sprechen.

Der ambulante Sektor hat sich weiter differenziert: neben den klassischen Fachberatungsstellen (ca. 28 %) haben sich Tagesaufenthalte (ca. 10 %) und Angebote des

Betreuten Wohnens (24%) fest etabliert. Sehr gering fallen – bei den eigenständigen, d.h. organisatorisch selbstständigen Hilfeangeboten - die Angebote in der Prävention, bei den Arbeitshilfen und den Gesundheitshilfen aus. Dies ist allerdings insofern ein verzerrtes Bild als in diesem Hilfesegment die meisten Angebote an Fachberatungsstellen, bzw. stationäre Angebote angegliedert sind (Vergl. Tab 2):

Tabelle 2 Angegliederte Hilfeangebote nach Hilfefeldern

	Summe angegliederter und selbstständiger Hilfen	Prozente jeweils auf GG angegliederte Hilfen + selbstständige (=1237) bezogen
Präventive Hilfen	151	12,2
Tagesaufenthalt	242	19,6
Hilfen zur Arbeit	169	13,7
Straßensozialarbeit	99	8,0
Gesundheitshilfen	107	8,6
Wohnhilfen	444	35,9
Sonstiges (Notunterkunft, Übernachtungsstelle)	25	2,0
Gesamt	1237	100,0

Tabelle 1 Art des Hilfeangebots nach Hilfeform, bzw. Arbeitsfeldern

untergliedert nach in Hilfeangeboten erfassten Personen (Hilfenachfrage) und deren Geschlecht

	Gesamtstichprobe (N)		Personen insgesamt			davon Frauen			Frauenanteil prozentualer Frauenanteil an Personen insgesamt	davon Männer		Männeranteil prozentualer Männeranteil an Personen insgesamt
	Anzahl N	Prozentualer Anteil von N	Anzahl Einrichtungen (N)	Anzahl Personen gesamt (n)	Prozent	Anzahl Einrichtungen (N)	Anzahl Personen gesamt (n)	Prozent		Anzahl Personen gesamt (n)	Prozent	
Allgemeines Stationäres Angebot	211	26,4	193	17.049	12,3	108	2.144	5,9	12,6	14.905	14,6	87,4
All. Ambulante Fachberatungsstelle	226	28,3	215	71.769	51,7	209	20.718	56,9	28,9	51.051	49,9	71,1
Tagesaufenthalt: selbstständig	85	10,6	62	21.001	15,1	61	5.967	16,4	28,4	15.034	14,7	71,6
Hilfen zur Arbeit: selbstständig	27	3,4	24	1.764	1,3	20	636	1,7	36,1	1.128	1,1	63,9
Straßensozialarbeit: selbstständig	20	2,5	16	3.507	2,5	15	955	2,6	27,2	2.552	2,5	72,8
Gesundheitshilfe: selbstständig	10	1,3	10	4.133	3,0	10	829	2,3	20,1	3.304	3,2	79,9
Wohnhilfen: selbstständig	192	24,0	175	9.788	7,1	137	2.893	7,9	29,6	6.895	6,7	70,4
Präventive Hilfen: selbstständig	7	0,9	5	3.312	2,4	5	1.371	3,8	41,4	1.941	1,9	58,6
Sonstige Angebote: selbstständig	22	2,8	15	6.454	4,7	10	904	2,5	14,0	5.550	5,4	86,0
Gesamt	800	100	715	138.777	100	575	36.417	100	26,2	102.360	100	73,8



Unter Einbezug der angegliederten Hilfeangebote steigen die Anteile deutlich an: Präventive Hilfen liegen bei 12,2 %, Gesundheitshilfen bei 8,6 % und Arbeitshilfen bei 13,7 %.

Struktur der Hilfenachfrage

Zwar stellt der stationäre Sektor insgesamt ca. ein Viertel der Hilfeangebote, aber er deckt nur **ca. 12 % der gesamten erfassten Hilfenachfrage** von ca. 140.000 KlientInnen der Wohnungslosenhilfe ab (vergl. Tabelle 1): Es werden in diesem Sektor ca. 17.000 KlientInnen erfasst, während in den ambulanten bzw. teilstationären Diensten ca. 122.000 KlientInnen, d.h. **88 % der Hilfenachfrage** abgedeckt werden. Von diesen ist die große Mehrheit (ca. 70.000 bzw. 50 %) bei den Fachberatungsstellen und bei den Tagesaufenthalten (ca. 20.000 bzw. 15 %) anhängig. Die Hilfesystemerhebung zeigt zunächst erstmalig auf, dass der Frauenanteil höher liegt als mit den bisherigen Erhebungsmethoden nachweisbar: Im Durchschnitt liegt der **Frauenanteil bei ca. 26 % (ca. 36.000**

Personen) und ist damit ca. 4,6 % höher als in der letzten Klientendatenerhebung von 2006 (21,4 %) ermittelt. Der Männeranteil liegt bei **ca. 74 %** (ca. 102.000 Personen). Der Unterschied zu früheren Erhebungen erklärt sich vor allem aus der Unterrepräsentanz von Fraueneinrichtungen bei der Klientendatenerhebung (vergl. dazu ausführlich Statistikbericht 2004 – 2006 der BAG W, Bielefeld 2008). Nachweisbar sind deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Verteilung der Hilfenachfrage: So sind nur ca. 6 % der erfassten Frauen gegenüber ca. 15 % der Männer im Bereich der stationären Hilfe. Andererseits sind ca. 57 % der Frauen bei den Fachberatungsstellen anhängig gegenüber ca. 50 % bei den Männern. Die Unterschiede bei den übrigen Hilfeangeboten sind nicht markant. Die ausgewiesene jährliche Versorgungskapazität des Hilfesystems für wohnungslose Menschen ist mit insgesamt ca. 140.000 Personen im Jahr 2007 sehr beeindruckend. Sie belegt, dass die insgesamt 800 erfassten sozialen Dienste eine sehr große Hilfekapazität haben.

Platzkapazitäten in der Wohnungslosenhilfe nach Rechtsgrundlagen und Hilfeformen

Tabelle 3: Anzahl der Plätze der Dienste nach Rechtsgrundlagen und Hilfeformen

Angaben in jeweiligen Platzzahlen und Prozentanteilen

	Anzahl der Plätze insgesamt		nach der Art					
			vollstationär		teilstationär		ambulant oder sonstiges	
	n	%	n	%	n	%	n	%
§§ 67-69 SGB XII Bes soz Schwierigkeiten	12.277	66,4	5.307	68,4	1.160	76,3	5.300	63,8
§ 35 SGB XII Lebensunterhalt in Einrichtungen	777	4,2	771	9,9	6	0,4	0	0,0
§ 16 Abs. 2 SGB II psycho-soz. Hilfen	228	1,2	22	0,3	0	0,0	180	2,2
§ 71 SGB XII Altenhilfe	30	0,2	30	0,4	0	0,0	0	0,0
§ 61 SGB XII Pflege	397	2,1	342	4,4	0	0,0	0	0,0
§ 53 SGB XII Behinderte	1.897	10,3	796	10,3	79	5,2	939	11,3
§ 73 SGB XII sonst. Lebenslagen	227	1,2	222	2,9	5	0,3	0	0,0
§ 41 SGB VIII Junge Erwachsene	66	0,4	33	0,4	8	0,5	14	0,2
§ 16 Abs. 2 S. 1 SGB II nur Arbeitshilfen	248	1,3	0	0,0	52	3,4	86	1,0
§ 16 Abs. 3 SGB II Arbeitsgelegenheiten	636	3,4	36	0,5	72	4,7	439	5,3
§ 16 a SGB II Beschäftigungsförd.	106	0,6	0	0,0	10	0,7	83	1,0
§ 11 SGB XII Ber. Unterst. Aktivierung	120	0,6	120	1,5	0	0,0	0	0,0
Sonstiges	1.478	8,0	79	1,0	129	8,5	1.270	15,3
Summen	18.487	100,0	7.758	100,0	1.521	100,0	8.311	100,0
Zeilenprozent*	17.590		44,1		8,6		47,2	100,0

* Prozentuale Verteilungen nach Art sowie nach Zielgruppe beziehen sich immer auf deren Summen (100 %), aufgrund einiger fehlender Werte in einzelnen Kategorien ist die Anzahl der Plätze insgesamt leicht höher.

Die Tabelle 3 gibt die Platzkapazitäten in der Wohnungslosenhilfe für das Jahr 2007 nach Rechtsgrundlagen und Hilfeformen wieder: Insgesamt weist die Erhebung für das Jahr 2007 ca. 18.500 Plätze aus. Es dominiert nach wie vor die Hilfe nach §§ 67 - 69 (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten) mit einem Anteil von ca. 66 % (ca. 12.300) an den bestehenden Platzkapazitäten, gefolgt von Plätzen nach § 53 SGB XII (ca. 1.900; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen). Mit 5,3 % bzw. insgesamt ca. 1.000 Plätzen nehmen auch die Arbeitshilfen einen bedeutenden Platz ein.

Die Verteilung der Plätze nach Hilfeformen spiegelt tendenziell die schon dargestellten Ergebnisse beim Hilfeangebot wider: 7.758 Plätze (ca. 44 %) sind im vollstationären, 1.521 (ca. 9 %) im teilstationären und 8.311 (ca. 47 %) im ambulanten resp. sonstigen Bereich. Den „Plätzen“ im ambulanten Bereich entsprechen im Regelfall die Platzkapazitäten der Betreuung in individuellem Wohnraum, d.h. in Wohnungen.

Platzkapazitäten nach Geschlecht

Nach Tabelle 4 sind 11,1 % der Plätze gewidmete Plätze für Frauen und 17,5 % gewidmete Plätze für Männer, während die Mehrzahl der Plätze mit ca. 30 % nicht einer Zielgruppe fest zugeordnet ist.

Tabelle 4 Plätze nach Geschlecht

	nach der Zielgruppe			
	Männer und Frauen	nur Männer	nur Frauen	gesamt
N - Dienste gesamt	247	140	95	482
% von N gesamt	30,9	17,5	11,1	59,5
n - Plätze gesamt	10.914	5.556	1.745	18.215
Summe %	59,9	30,5	9,6	100,0

Es wurde nicht erhoben, in welcher Hilfeform diese Plätze jeweils angesiedelt sind; es ist aber anzunehmen, dass die flexible Zuordnung zu beiden Geschlechtern im Regelfall nicht für die stationäre Hilfe gilt.

Die Differenzierung der Plätze nach Rechtsgrundlagen und Zielgruppe (Vergl. Tab. 5) weist keine deutlichen geschlechtsdifferenten Muster aus; so sind z.B. die Plätze der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten anteilig ungefähr gleichverteilt; bei den Plätzen gibt es ca. 5 % mehr Plätze für Frauen in der Eingliederungshilfe für Behinderte (§ 53 SGB XII).

Tabelle 5
Anzahl der Plätze der Einrichtungen differenziert nach Rechtsgrundlagen und nach der Zielgruppe (Geschlecht)

Angaben in jeweiligen Platzzahlen und Prozentanteilen

	Anzahl der Plätze insgesamt		nach der Zielgruppe					
			Männer und Frauen		nur Männer		nur Frauen	
	n	%	n	%	n	%	n	%
§§ 67-69 SGB XII Bes soz Schwierigkeiten	12.277	66,4	7.129	67,7	3.586	65,5	1.131	64,0
§ 35 SGB XII Lebensunterhalt in Einrichtungen	777	4,2	245	2,3	477	8,7	48	2,7
§ 16 Abs. 2 SGB II psycho-soz. Hilfen	228	1,2	40	0,4	73	1,3	95	5,4
§ 71 SGB XII Altenhilfe	30	0,2	0	0,0	30	0,5	0	0,0
§ 61 SGB XII Pflege	397	2,1	256	2,4	30	0,5	0	0,0
§ 53 SGB XII Behinderte	1.897	10,3	1.196	11,4	432	7,9	227	12,9
§ 73 SGB XII sonst. Lebenslagen	227	1,2	44	0,4	179	3,3	4	0,2
§ 41 SGB VIII Junge Erwachsene	66	0,4	43	0,4	10	0,2	11	0,6
§ 16 Abs. 2 S. 1 SGB II nur Arbeitshilfen	248	1,3	207	2,0	16	0,3	8	0,5
§ 16 Abs. 3 SGB II Arbeitsgelegenheiten	636	3,4	397	3,8	81	1,5	83	4,7
§ 16 a SGB II Beschäftigungsförd.	106	0,6	21	0,2	4	0,1	71	4,0
§ 11 SGB XII Ber. Unterst. Aktivierung	120	0,6	0	0,0	108	2,0	12	0,7
Sonstiges	1.478	8,0	952	9,0	450	8,2	76	4,3

Summen 18.487 100,0 10.530 100,0 5.476 100,0 1.766 100,0

Prozentuale Verteilungen nach Art sowie nach Zielgruppe beziehen sich immer auf deren Summen (100 %), aufgrund einiger fehlender Werte in einzelnen Kategorien ist die Anzahl der Plätze insgesamt leicht höher.



Resümee

Es lässt sich nicht feststellen, ob die Kapazität des Hilfesystems der Wohnungslosenhilfe gegenüber den 90-er Jahren angestiegen ist, da die letzten Erhebungsdaten aus dem Jahr 2000 nicht unmittelbar vergleichbar sind. Es zeigt sich aber, dass sich der Differenzierungsprozess der Hilfe fortgesetzt hat und die Hilfepalette stärker um präventive Angebote und Gesundheitshilfen erweitert wurde. Deutlich angewachsen ist der Anteil der Frauen, der mit ca. 26 % einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Nach wie vor ist das Hilfesystem von den Hilfen nach §§ 67 - 69 dominiert, auch wenn die Eingliederungshilfe für wohnungslose Menschen (§ 53 SGB XII) deutlich an Boden gewonnen hat.

IV. Fachbereiche und Fachausschüsse der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

Fachbereich Arbeit

Die Reform der Arbeitsvermittlungs- und Arbeitsförderungs politik mit ihren Folgen für Wohnungslose und für die Wohnungslosenhilfe, insb. die Auswirkungen der in 2006 beschlossenen Gesetzesänderungen in SGB II und XII machten eine Grundsatzdebatte um den Stellenwert von Arbeit und Beschäftigung in der Wohnungslosenhilfe erforderlich:

- Es bedarf einer grundsätzlichen Positionierung zum Thema Arbeit.
- Es ist zu klären: Ist der Arbeitsbegriff noch zutreffend?
- Muss man eine grundsätzlich neue Lebensform ohne Arbeit akzeptieren?
- Es gibt verschiedene Milieus, die Arbeit unterschiedlich bewerten.
- Es kommen neue Zielgruppen hinzu: junge Erwachsene, die Mehrfachprobleme haben; MigrantInnen, die interkulturelle Arbeitsansätze erfordern und Frauen mit Kindern, für die ebenfalls neue Ansätze erforderlich sind.

Der Fachausschuss Arbeit konzentrierte sich in 2007 und 2008 im Wesentlichen auf eine Sichtung arbeitsmarktpolitischer Grundsachverhalte sowie auf die Diskussion der Grundbegriffe. Das Arbeitsmarktpolitische Grundsatzprogramm ist dann im Laufe des Jahres 2009 formuliert worden und wird nun dem Vorstand der BAG W in seiner Sitzung Ende November 2009 zur Abstimmung vorgelegt. So dann könnte es noch in der Ausgabe 4/2009 der wohnungslos veröffentlicht werden.

Neben der Arbeit am Grundsatzprogramm bereitete der Fachausschuss fachlich die entsprechenden thematischen Veranstaltungen zu den Bundestagungen 2007 und 2009 vor.

Fachbereich Beratung, Therapie, Versorgung / Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung

Auch im Fachausschuss Beratung, Therapie, Versorgung sind Ergebnisse des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“ für die unterschiedli-

chen Angebote der professionellen Wohnungslosenhilfe analysiert worden. Auf der Basis dieser Analysen bereitete der Fachausschuss die Arbeitsgruppe „Wieder in der Wohnung – erneut soziale Schwierigkeiten“ auf der Bundestagung 07 vor.

Im Verlauf des Jahres 2008 wurde der FA BTV umbenannt, um seinen Aufgabenzuschnitt besser zum Ausdruck zu bringen. Er heißt jetzt FA Persönliche Hilfen, Soziale Dienste und Sozialraumorientierung (FA PSS).

Der FA PSS wurde mit dem vordringlichen Thema „Eckpunkte der Sozialplanung für eine bürger- und gemeindenahe Wohnungslosenhilfe“ befasst. Hierzu ist eine Stoffsammlung und eine Arbeitsgliederung erstellt worden:

- Funktion und Aufgabe der Sozialplanung
 - Aktueller Stand der Sozialplanung in der WLH
 - Anforderungen an die Entwicklung der Sozialplanung
- Diese Sammlung ist die Voraussetzung und Basis des zu erstellenden Positionspapiers.

Fachbereich Dokumentation und Statistik

Zusammen mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege bildet die BAG W die AG STADO. Die Geschäftsführung der AG STADO liegt bei der BAG W. In diesem Rahmen fällt der Geschäftsstelle die Daueraufgabe zu, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Kooperation mit der privaten Softwareindustrie sicherzustellen. Die laufende Aktualisierung der bundeseinheitlichen technischen Schnittstelle zum Auslesen von Daten aus den Programmen privater Hersteller nach bundeseinheitlichen Kriterien der Statistik und Dokumentation sind eine Voraussetzung für die Zusammenführung der Daten auf Bundesebene. Daneben fand aufgrund des seit 01.01.2007 gültigen neuen Manuals zum Basisdatensatz AG STADO sowie der daran angepassten Technischen Schnittstelle ein deutlich erhöhter Koordinationsaufwand seitens der Geschäftsstelle sowohl mit der privaten Softwareindustrie als auch mit Trägern und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe statt.

Die Rohdaten der Klientendatenerhebung 2006 wurden analysiert und methodisch aufbereitet. Die schon vorhandenen Daten aus den Jahren 2004 und 2005 wurden mit den Daten aus dem Jahr 2006 zusammengeführt. Auf dieser Grundlage wurden die zentralen Daten in einem Statistikbericht (2004 -2006) zusammengefasst, interpretiert und bundesweit veröffentlicht (s. Statistikbericht der BAG W 2004 - 2006, Bielefeld 2008).

Der grundlegend zum 01.01.2007 überarbeitete Basisdatensatz Wohnungslosenhilfe wurde vom FA Dokumentation und Statistik 2008 hinsichtlich der Brauchbarkeit der hinterlegten Variablen und Kreuztabellen des Grunddatensatzes (GDS) sowie des Fachdatensatzes Wohnungslosenhilfe (FDS-W) anhand der Erhebungsdaten aus dem Jahr 2007 in einer ersten Runde überprüft. Dabei ergab sich im Wesentlichen die Angemessenheit der Überarbeitung. Der Datensatz muss in den kommenden Jahren weiter geprüft werden.

Fachbereich Frauen

Eine Aufgabe des Fachausschuss Frauen war die Auswertung der Ergebnisse des Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Dazu wurden die wichtigsten Erkenntnisse/Forderungen aus den BAG W-Positionspapieren den Ergebnissen des Forschungsverbundes gegenübergestellt. Ein kritisches Ergebnis des Abgleichs war, dass im Forschungsverbund nicht alle Teilgruppen der weiblichen Klientel berücksichtigt worden waren, so z. B. die psychisch kranken Frauen auf der Straße und die jungen bis sehr jungen Frauen. Zum anderen wurden aber durch den Forschungsverbund sehr weit reichende Anregungen gegeben, die bislang bei den Hilfeangeboten für wohnungslose Frauen sicherlich noch nicht zur Gänze berücksichtigt worden sind. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die vielfältigen Erfahrungen aus der Praxis mit wohnungslosen Frauen durch die Forschung bestätigt worden sind. Sehr positiv wurde bewertet, dass in weiten Teilen eine gender-orientierte Betrachtung der Problemlagen und des Hilfesystems vorgenommen worden ist, so dass auch die Geschlechterrolle der wohnungslosen Männer genauer untersucht werden konnte (Forschungsbereich der GSF e. V.). Dies wird für die Wohnungslosenhilfe insgesamt sicherlich auch zukünftig ein zu bearbeitendes und aufzubereitendes Feld sein. U. a. schlägt sich dies in dem entsprechenden Workshop der Bundestagung 2009 nieder.

In 2007 hat der Fachausschuss Frauen mit seinen Recherchen zu den Angeboten für Frauen mit Kindern und zum Paarwohnen begonnen. Bei der Auseinandersetzung mit der Paarunterbringung und den Angeboten für Frauen mit Kindern stellt sich heraus, dass die Praxis vor Ort bundesweit außerordentlich unterschiedlich ist.

In 2008 hat sich der Fachausschuss Frauen darüber hinaus ausführlich mit den Eckpunkten und Voraussetzungen für niedrigschwellige Arbeits- und Beschäftigungsprojekte für wohnungslose Frauen befasst. Diese wurden – wie vereinbart – dem federführenden Fachausschuss Arbeit kommuniziert, so dass sie einfließen konnten in das dort zu entwerfende Arbeitsmarktpolitische Grundsatzprogramm der BAG W. (s. FB Arbeit)

Nach Erstellung dieses Grundsatzprogrammes wird zu entscheiden sein, ob darüber hinaus sehr praxisnahe Empfehlungen und Hinweise für den konkreten Aufbau von frauenspezifischen Arbeits- und Beschäftigungsangeboten zu entwickeln sein werden.

Ansonsten war es das Ziel des FA Frauen, die relevanten Fragen und Themen als Arbeitsgruppen und Workshops in die Bundestagungen 2007 und 2009 sowie in die Frauentagungen 2008 und 2009 der BAG W einzubringen.

Fachbereich gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser

In Ergänzung des Ende 2006 vom Vorstand der BAG W abgestimmten Positionspapiers „Psychische Erkrankungen bei wohnungslosen Frauen und Männern - Darstellung

der Problemlagen und Handlungsbedarfe“ hat der FA Gesundheit der BAG W in 2007 begonnen, Praxisbeispiele im Bereich der psychiatrischen Versorgung wohnungsloser Menschen zusammenzustellen, die dann im Laufe des Jahres 2008 von der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft redaktionell bearbeitet wurden, so dass sie im Laufe des Jahres 2008 publiziert werden konnten.

Im September 2007 fand in Köln die gemeinsam von BAG W mit dem DBH e. V. – Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP e. V.), dem Deutschen Bundesverband für soziale Arbeit (DBSH) e. V., dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und dem Vormundschaftsgerichtstag (VGT) e. V. vorbereitete Tagung „Begegnung mit süchtigen Klienten“ statt. Mit dem Ziel, die Arbeitsansätze der Wohnungslosenhilfe in der Arbeit mit psychisch kranken und/oder süchtigen KlientInnen einer breiteren Fachöffentlichkeit und angrenzenden, für die Arbeit und den Hilfebedarf der Betroffenen wichtigen, Arbeitsfelder der sozialen Arbeit vorzustellen, hat die Geschäftsstelle der BAG W das entsprechende Forum auf der genannten Fachtagung vorbereitet und moderiert. Die Tagung insgesamt war ein großer Erfolg, weil damit über 300 Teilnehmende aus den auch für die Wohnungslosen relevanten Fachbereichen der sozialen Arbeit mit dem Thema der psychisch kranken und süchtigen Klientel befasst werden konnten. Aufgrund der großen Resonanz fand die zweite Fachtagung „Begegnung mit süchtigen Klienten“ am 9. Juli 2008 in Stuttgart statt – maßgeblich vorbereitet von den örtlichen Organisationen. Ende Oktober 2009 findet das erste Vorbereitungstreffen für eine dritte gemeinsame Tagung in 2010 statt.

Mit den Folgen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes und den Auswirkungen der so genannten HARTZ-Reformen auf die medizinische Versorgung Wohnungsloser hat sich der Fachausschuss Gesundheit auf unterschiedlichen Ebenen auseinandergesetzt, immer mit dem Ziel, die Folgen für die Klientel zu ermitteln und Konsequenzen für eine Anpassung des medizinischen Regelsystems an die Bedarfe wohnungsloser Patienten zu erreichen. Bestandsaufnahmen, Forderungen und Anforderungen der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen aus der Sicht der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. wurden Anfang Dezember 2007 in Berlin von der Geschäftsstelle u. a. auf dem bundesweiten Kongress „Armut & Gesundheit“ dargestellt. Diese Ausarbeitung ist auch im Rahmen der Tagungsdokumentation des Kongresses Armut und Gesundheit veröffentlicht worden.

Ein wichtiges Thema im FB Gesundheit waren die Konsequenzen der Fallpauschalen (DRG's) in der Versorgung Wohnungsloser. Die Auseinandersetzung mit dem Thema war und ist nicht ganz einfach, da es z.Z. bundesweit wenige gebündelte Erfahrungsberichte gibt. Eine der wesentlichen Grundlagen ist eine aktuelle Hamburger Untersuchung zu dem Thema Fallpauschalen und ihre Auswirkungen auf Wohnungslose. Diese Studie



ist inzwischen in der Reihe MzW des BAG W - Verlags als Band 59 „Stationäre Versorgung Wohnungsloser in einem System der Fallpauschalenfinanzierung“ veröffentlicht worden. Ein Ergebnis der Hamburger Untersuchung: Wohnungslosigkeit wird in den Kliniken überwiegend nicht zur Kenntnis genommen, ebenso wenig wie ein weiterer ambulanter Pflegebedarf. Dies ist natürlich besonders bedeutsam, da so manche Krankenkasse die Krankenpflege für Wohnungslose nicht finanziert. Grundsätzlich ist das so genannte Entlassungsmanagement noch mangelhaft.

Der Fachausschuss hat sich ebenfalls auseinandergesetzt mit der Relevanz der TBC-Erkrankungen unter Wohnungslosen. Es muss vorausgeschickt werden, dass die Recherchen schwierig sind, da in den einschlägigen Statistiken auch des Robert-Koch-Institutes zwar insgesamt die TBC-Fälle in Deutschland registriert sind – differenziert nach Geschlecht und Nationalität –, aber eben nicht die Frage beantwortet werden kann, ob es sich bei einem TBC-Fall um eine wohnungslose Person handelt. Gleiches gilt natürlich für die lokal recherchierten Daten aus den örtlichen Gesundheitsämtern.

Aufgrund der recherchierten Daten kann nicht von einer Zunahme der TBC-Infektionen in der Gesamtbevölkerung gesprochen werden, eher ist die Tendenz rückläufig. Jedoch bei einer Analyse der Staatsangehörigkeit und des Geburtslandes der PatientInnen zeigt sich eine deutlich höhere Inzidenz bei ausländischen StaatsbürgerInnen (ca. 5,4 mal so hoch wie in der deutschen Bevölkerung). Trotz einheitlicher Gesetzesvorgabe gehen Kommunen mitunter sehr unterschiedlich mit Erkrankungsfällen um. Dies betrifft auch das Ausfindigmachen und die Unterbringung von erkrankten Personen, die sich einer Behandlung entziehen.

Im Zuge der Recherchen zu den TBC-Erkrankungen ist auch zu Tage gefördert worden, dass Hepatitis C-Infektionen offenbar nicht weiter ansteigen, sondern eher rückläufig sind. Deutlich anders verhält es sich mit den HIV-Infektionen. Die vorliegenden Zahlen weisen dort auf einen starken Anstieg hin. Für die Klärung der Relevanz der HIV-Infektionen unter Wohnungslosen wäre eine weitere Erhebung notwendig.

Ein Problem sind die Nachzahlungen, die Wohnungslose seit der Einführung der Pflichtversicherung am 01.04.2007 an die jeweilige Kasse entrichten sollen. Da kann längst nicht auf die von der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt angemahnte Kulanz gebaut werden (Vgl. dazu auch FA Sozialrecht).

Es wird auch beobachtet, dass ARGEn nicht oder nicht zuverlässig zeitnah die Betroffenen der KV melden. Insgesamt verzeichnen die Projekte der medizinischen Versorgung wohnungsloser PatientInnen einen stärkeren Zulauf.

Z. Z. erarbeitet der Fachausschuss Gesundheit das Positionspapier „Auswirkungen von Privatisierung und stärkerer Eigenverantwortung im Gesundheitssystem auf die medizinische Versorgung wohnungsloser Männer und Frauen“.

In 2007 und 2009 hat er sich darüber hinaus bei der Vorbereitung der einschlägigen Foren, AGs und Workshops der Bundestagungen engagiert.

Fachbereich Sozialrecht

Der FA Sozialrecht behandelte die Erreichbarkeitsanordnung der Bundesagentur für Arbeit, da sich durch die Anwendung von SGB II und XII hier neue Fragen stellen. Der Fachausschuss stellt einvernehmlich zur Rechtslage Folgendes fest:

- „Erreichbarkeit“ ist eine Anspruchsvoraussetzung für den Bezug von Leistungen nach dem SGB II; der Nachweis, dass diese gegeben ist, liegt im Zweifelsfalle bei der antragstellenden Person.
- Unter welchen Voraussetzungen eine „Erreichbarkeit“ gegeben ist, ist über die Erlasslage hinaus im Wesentlichen durch das BSG noch zum alten Recht der Arbeitslosenhilfe festgestellt worden. Zwar ist es nicht erforderlich, dass der Leistungsbezieher sich zu den üblichen Zeiten der Postzustellung an dem von ihm angegebenen Ort aufhält, andererseits hat das BSG in einer seiner letzten Entscheidungen festgestellt, dass er täglich seinen Posteingang kontrollieren muss.
- Im Sinne des Erreichbarkeitserlasses können Wohnungslose, die über keine andere Möglichkeit verfügen, die Anschrift von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe als Zustelladresse angeben. Damit die Voraussetzungen für eine „Erreichbarkeit“ erfüllt sind, wird dies aber nur anerkannt, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind.
- Mit einer derartigen Erklärung des Wohnungslosen muss sich die Einrichtung einverstanden erklären, rechtlich gesehen entsteht dann ein Auftragsverhältnis zwischen dem Wohnungslosen und der Einrichtung. Das Auftragsverhältnis enthält im Wesentlichen für die Einrichtung der Wohnungslosenhilfe die Verpflichtung, die Post für den Wohnungslosen entgegenzunehmen und ihn über deren Eingang zu benachrichtigen bzw. ihm die Entgegennahme zu ermöglichen. Wird diese Verpflichtung verletzt, können unter Umständen daraus Schadensersatzansprüche des Wohnungslosen entstehen.
- Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erkennt aber diese „Ersatzlösung“ nur dann als wirksamen Nachweis der Erreichbarkeit an, wenn der Dienst ihr gegenüber erklärt, dass der Wohnungslose an jedem Werktag bei ihr vorspricht und sie die Bundesagentur informieren wird, wenn dies nicht der Fall ist. Der Fachausschuss stellt fest, dass
 - o es eine Rechtsgrundlage für einen Anspruch der BA gegen die Einrichtung der Wohnungslosenhilfe eine derartige Erklärung abzugeben nicht gibt; er lässt offen, ob die Auslegung der BA zur Erfüllung der Kriterien der Erreichbarkeit in der hier erörterten Fallgestaltung der Rechtslage entspricht.
- Gibt die Einrichtung der Wohnungslosenhilfe eine derartige Erklärung gegenüber der BA ab (die Zustimmung

des Leistungsberechtigten dazu wird in dem Vordruck im Zusammenhang mit der Erteilung des Auftrages ohnehin gefordert), so geht sie eine entsprechende rechtliche Verpflichtung ein, bei deren Verletzung der BA unter Umständen Schadensersatzansprüche gegen den Träger der Beratungsstelle zustehen können.

- Ob eine Einrichtung der Wohnungslosenhilfe die von der BA geforderte Erklärung abgibt (dies setzt eine sehr eingehende Information des Wohnungslosen über die Voraussetzungen der Beauftragung sowie die Rechtsfolgen voraus), ist keine Rechtsfrage, sondern muss von der Einrichtung bzw. deren Träger entschieden werden.

Ferner hat der Fachausschuss Sozialrecht in 2007 den Fachtag **„Herausgefordert – hinausbefördert?“**

- 2 Jahre Hartz-Gesetzgebung“ - Weimar 04.05.2007 mit vorbereitet. Ziel des Fachtages sollte eine Bestandsaufnahme zu den aktuellen rechtlichen Bestimmungen und deren Auswirkungen auf die Praxis sein.

In 2008 hat der FA Sozialrecht das Thema „Rechtsansprüche nicht-deutscher Wohnungsloser nach § 67ff SGB XII“ ausführlich behandelt und eine Empfehlung zur Auslegung der einschlägigen Rechtsgrundlagen verabschiedet.

Der Fachausschuss erörterte weiterhin die Entscheidung des Bundessozialgerichtes zu § 7 Abs. 4 SGB II. Er stellt fest, dass durch die jetzt erfolgte Klarstellung die von der BAG Wohnungslosenhilfe immer geforderte Gleichstellung erwerbsfähiger Bewohner von Einrichtungen mit erwerbsfähigen Arbeitsuchenden, die nicht in einer Einrichtung leben, faktisch erreicht ist. Nach seiner Einschätzung wird für die Mehrzahl der stationären Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe das Ergebnis entsprechender Prüfungen sein, dass durch den Aufenthalt in der Einrichtung die Ausübung einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht ausgeschlossen ist.

Als Konsequenzen aus dem Urteil erwartet der Fachausschuss Sozialrecht, dass die Leistungsträger des SGB II verstärkt zu einer Individualprüfung der Erwerbsfähigkeit übergehen werden.

Zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit von § 44b SGB II ist der Fachausschuss der Meinung, dass die Erarbeitung einer Grundposition der BAG Wohnungslosenhilfe notwendig ist, in der die Bedingungen beschrieben werden, die bei einer Organisation der Leistungserbringung im Rahmen des SGB II berücksichtigt werden müssen.

Der Fachausschuss Sozialrecht diskutierte die bekannt gewordene Problematik der Beitragsrückstände Wohnungsloser bei den gesetzlichen Krankenkassen nach Einführung der Pflichtversicherung zum 01.04.2007 (s. auch FB Gesundheit) durch die gesetzlichen Krankenkassen. Nach den vorliegenden Erfahrungen wird unterschiedlich verfahren. Die Mehrzahl der Krankenkassen macht aber von der Möglichkeit der Stundung bzw. des Erlasses des Beitragsrückstandes nur sehr selten Gebrauch. Von der Rechtslage her ist festzustellen, dass es sich dabei um

eine Ermessensentscheidung der Krankenkasse handelt. Es bleibt deshalb vom Grundsatz her nur die Möglichkeit zu prüfen, ob gegenüber dem Gesetzgeber eine Initiative ergriffen werden kann und soll.

Der FA Sozialrecht hat ferner in 2008 ein Konzept für eine Stellungnahme zu SGB II / SGB XII erarbeitet. Nach den folgenden Aspekten wurden in 2009 die drei bisherigen Stellungnahmen der BAG W von den FA Mitgliedern gemäß der u.a. Arbeitsteilung analysiert:

- I. Voraussetzungen der Hilfe
- II. Höhe und Umfang der Sozialhilfe
- III. Eingliederungsvereinbarung und Sanktionen
- IV. Organisation der Hilfen
- V. Prävention
- VI. Finanzierung von Einrichtungen und Diensten der Welt

Auf der Grundlage dieser Grobgliederung ist in 2009 an einer Novellierungsempfehlung für den Gesetzgeber gearbeitet worden.

Fachbereich Wohnen

Nachdem in 2006 das Wohnungspolitische Programm der BAG W verabschiedet worden war, wurde es in 2007 um Beispiele guter Praxis ergänzt und publiziert. Da die Inhalte des Wohnungspolitischen Programms eine gute Verbreitung finden sollen, versucht der Fachausschuss Wohnen – falls möglich – seine Sitzungen mit einem Fachgespräch vor Ort zu verbinden. So traf sich der Fachausschuss Wohnen im Frühjahr 2009 zu einem Fachgespräch mit der Leitung des Amtes für Wohnraumversorgung Freiburg, ebenda. Ein ähnliches Gespräch hatte es zuvor bereits in Leipzig gegeben.

Der eindeutige Schwerpunkt der Arbeit zur Verbesserung der Wohnungsversorgung wohnungsloser Menschen lag in 2007 und 2008 bei der Auseinandersetzung mit den Konsequenzen von SGB II und XII auf die Bereiche Prävention, Mietobergrenzen, Arbeit der Fachstellen. Zu dieser Problematik sind insgesamt mehrere Veranstaltungen vorbereitet worden, die allesamt eine sehr große Resonanz gefunden haben (siehe Tagungen).

Auf dieser Basis ist in 2008 das Positionspapier der BAG W „SGB II und SGB XII und die Folgen für die Hilfen in Wohnungsnotfällen“ erarbeitet und im November 2008 vom Vorstand der BAGW verabschiedet worden. In 2009 arbeitet der Fachausschuss Wohnen an dem Positionspapier „Kommunale Unterbringungskonzepte für Obdachlose – Arbeitsansätze und Konzepte der Wohnungslosenhilfe“ (Arbeitstitel). Die vorbereitenden Überlegungen zu dieser Thematik sind auch in die Vorbereitung der entsprechenden AG und des Forums der Bundestagung 2009 eingeflossen.



V. Partizipation der von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen

Die von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen haben sich bundesweit in der Bundesinitiative wohnungsloser Menschen e.V. (BBI) organisiert. Ein Vertreter der BBI, die korporatives Mitglied im Vorstand der BAG W ist, arbeitete regelmäßig im Vorstand der BAG W mit, seit Januar 2008 als einer der stellvertretenden Vorsitzenden.

Die BAG W stellte durch Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten die Beteiligung weiterer VertreterInnen der BBI an der Fachausschussarbeit der BAG W sicher. Damit konnte die Arbeit von je einem/r VertreterIn in den folgenden Gremien garantiert werden: Vorstand, FA Gesundheit, FA Frauen, FA Beratung, Therapie und Versorgung bzw. FA Persönliche Hilfen, Sozialraumorientierung und Sozialplanung, FA Arbeit.

Die BAG W trug die zusätzlichen Kosten für die Repräsentanz der Betroffenen aus entsprechenden Eigenmitteln.

VI. Internationale Kooperation

Die Mitarbeit der Geschäftsstelle erfolgte im Gesamtvorstand von FEANTSA und in den FEANTSA-Fachausschüssen „Dokumentation und Statistik“ und „Gesundheit und Soziale Dienste“. Ferner arbeitet ein Vertreter der BBI im Ausschuss Partizipation mit.

Für das FEANTSA-Schwerpunktthema „Arbeit“ in 2007 stellt die BAG W ihre Empfehlung zu Arbeitshilfen zur Verfügung. Für das Schwerpunktthema „Wohnen“ in 2008 wurde das Wohnungspolitische Programm der BAG W ins Englische übersetzt und somit auch auf europäischer Ebene verbreitet. Darüber hinaus werden BAG W-Empfehlungen und Positionspapiere nach Möglichkeit und bei Bedarf in den FEANTSA-Diskussionsprozess eingespeist.

VII. Fachtagungen

Im Berichtszeitraum Januar 2007 bis November 2009 hat die BAG W insgesamt sieben Fachtagungen und zwei Bundestagungen durchgeführt.

Herausgefordert! Hinausbefördert?

Wohnungslose und Wohnungslosenhilfe nach zwei Jahren Hartz-Gesetzgebung

Eine vorläufige Bilanz

4. Mai 2007, Weimar

Ziel war es, die zahlreichen zu dem Zeitpunkt Anfang 2007 ungeklärten Auswirkungen der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe im Rahmen des SGB II zu erörtern. Der Fachtag fand eine gute Resonanz mit knapp 140 Teilnehmenden und Mitwirkenden aus Diensten und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, aus Verbänden und Kommunen, dort vor allen Dingen aus zentralen Fachstellen zur Vermeidung und Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Die Verträge und Zusammenfassungen der AG-Ergebnisse sind auf der Website der BAG W sowie in Heft 2/3/07 der Fachzeitschrift *wohnungslos* dokumentiert werden.

Prävention: Verloren im Bermuda-Dreieck ARGE – Fachstelle – Wohnungslosenhilfe freier Träger? Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. in Kooperation mit der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung der Stadt Bielefeld

6./7. September 2007, Bielefeld

Die Ergebnisse des Fachtags Weimar, 04.05.2007, bildeten u. a. die Grundlage zur Vorbereitung dieser Fachtagung.

Die Zielgruppen dieser Tagung, MitarbeiterInnen kommunaler Fachstellen, MitarbeiterInnen der freiverbandlichen Wohnungslosenhilfe, Verantwortliche aus Bundesanstalt, ARGEN und Verbänden konnten durch die Teilnahme der ca. 140 Teilnehmenden und Mitwirkenden aus diesen Sektoren sehr gut erreicht werden.

Die Vorträge ermöglichen eine umfassende Bestandsaufnahme zur Situation der Fachstellen nach Einführung des SGB II und zur organisierten Kooperation von Fachstellen und freiverbandlicher Wohnungslosenhilfe zum Datum September 2007. Auf der Grundlage dieses gebündelten Inputs fanden sich die Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Sektoren (Kommune, Freie Träger, ARGE) in den thematischen Arbeitsgruppen, die die wesentlichen Leitfragen in detail erörterten.

Die Ergebnisse und Inputs dieser Tagung sind alle dokumentiert entweder/und/oder auf der Website der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. und/oder in den Ausgaben 2/3 und 4/2007 der Zeitschrift *wohnungslos*.

Hilfen für Frauen in Wohnungsnot

Nimmste was, biste was?!

Frauen mit Süchten in der Wohnungslosenhilfe

26. / 27. Mai 2008, Weimar

Die Fachtagung war mit insgesamt gut 115 Teilnehmerinnen und Mitwirkenden gut besucht. Mit der Tagung konnten Mitarbeitende aus allen Bereichen der Wohnungslosenhilfe erreicht werden: aus ambulanten und stationären Angeboten für wohnungslose Frauen, aus Großstädten sowie aus Mittelstädten und ländlichen Regionen. Für den inhaltlichen Input konnten auch Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Jugend- und Suchtkrankenhilfe sowie aus der Wissenschaft und entsprechenden Fachverbänden gewonnen werden.

Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme zu weiblichen Süchten und dem Suchtverhalten wohnungsloser Frauen konnten insb. in den Arbeitsgruppen vertiefende Schwerpunkte gesetzt werden: die Arbeit mit wohnungslosen Frauen in einem stationären Umfeld, die Arbeit mit wohnungslosen suchtkranken Frauen in einem ambulanten Umfeld, Frauen mit der Doppeldiagnose „süchtig und psychisch krank“ sowie das Sucht- und Konsumverhalten junger Frauen und Mädchen.

Die sehr große Gruppe von Teilnehmerinnen gerade in der Arbeitsgruppe zur Doppeldiagnose „süchtig und psychisch krank“ macht deutlich, dass dies ein Personenkreis ist, der den Mitarbeiterinnen in der Wohnungslosenhilfe

für Frauen als besondere Problemgruppe in den letzten Jahren aufgefallen ist.

Die Vorträge sowie die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen sind auf der Website der BAG Wohnungslosenhilfe dokumentiert oder in der Ausgabe 3/2008 der *wohnungslos* abgedruckt.

In Kooperation mit der AG Medizinische Versorgung Wohnungsloser wurde vorbereitet die Fachtagung:

10 Jahre AG Medizinische Versorgung Wohnungsloser - Etablierung eines Ausnahmezustands?

Resümee, neue Arbeitsansätze, Visionen

12. / 13. Juni 2008, Bremen

Mit der Tagung konnten knapp 60 Teilnehmende und Mitwirkende aus dem Bereich der medizinischen Projekte für Wohnungslose, MitarbeiterInnen der Wohnungslosenhilfe, MitarbeiterInnen von Gesundheitsämtern und andere Professionelle im medizinisch-sozialarbeiterischen Sektor (MedizinerInnen, Pflegekräfte) erreicht werden. Die Tagung fand im und in Kooperation mit dem Gesundheitsamt der Stadt Bremen statt.

Die Referate und Inputs der Tagung sind auf der Website der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. dokumentiert.

Aktuelle Herausforderungen bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten – Nachhaltige Konzepte für Fachstellen im ländlichen Raum und in der Stadt

II. Präventions- und Fachstellentagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. in Kooperation mit der Stadt Stuttgart

28. November 2008, Stuttgart

Da die Fachtagungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. in 2007 zu dem Thema Prävention und Hilfen in Wohnungsnotfällen eine große Resonanz gefunden und zugleich weiteren Handlungsbedarf gezeigt hatten, sollte diese Debatte in 2008 fortgeführt werden. Dabei sollten auch die spezifischen Bedingungen für die Prävention in Landkreisen und im nicht-großstädtischen Raum Beachtung finden.

Mit der Tagung angesprochen wurden MitarbeiterInnen der freiverbandlichen Wohnungslosenhilfe, von kommunalen Fachstellen oder ähnlichen kommunalen Organisationseinheiten, von ARGEn sowie Verantwortliche aus der Bundesagentur für Arbeit, aus Verbänden und dem zuständigen Ministerium.

Um auch kleineren Diensten und Einrichtungen die Teilnahme zu erleichtern, entschieden wir uns für die Zweiteilung der Tagung in eine Süd-Tagung am 28. November 08 in Stuttgart und in eine Nord-Tagung im Mai 2009 in Hannover.

Die Süd-Tagung fand mit kooperativer Unterstützung der Stadt Stuttgart im Rathaus statt. Mit insgesamt ca. 150 Teilnehmenden und Mitwirkenden fand auch diese Tagung eine sehr gute Resonanz.

Für die Referate und Inputs konnten ExpertInnen aus den Kommunen, von Freien Trägern der Wohnungslosenhilfe

und der Wissenschaft gewonnen werden. Teilnehmende kamen wie angestrebt aus Städten und Kommunen, von Freien Trägern und Verbänden – alle überwiegend aus Süddeutschland.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Kooperation zwischen Kommunen, ARGEn und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten, die besonderen Problemlagen der Unter-25-Jährigen und die Frage, wie auch im ländlichen Raum präventive Hilfen organisiert werden können.

Die PowerPoint-Präsentationen und Vorträge der ReferentInnen und BerichterstellerInnen sind auf der Website der BAG W sowie im Heft 04/08 der Zeitschrift *wohnungslos* dokumentiert.

Aktuelle Herausforderungen bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten – Nachhaltige Konzepte für Fachstellen im ländlichen Raum und in der Stadt

III. Präventions- und Fachstellentagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

in Kooperation mit der ZBS-Sozialplanung Hannover – Diakonisches Werk des ev. luth. Stadtkirchenverbandes Hannover und mit Unterstützung der Stadt Hannover

6. Mai 2009, Rathaus Hannover

Wie bereits oben erwähnt, entschieden wir uns für zwei themengleiche Tagungen für die sog. Süd-Tagung, die am 28. November 08 in Stuttgart und die sog. Nord-Tagung, die im 5. Mai 2009 in Hannover stattfand.

Die Nord-Tagung konnte in Kooperation mit der ZBS-Sozialplanung Hannover – Diakonisches Werk des ev. Luth. Stadtkirchenverbandes Hannover und mit Unterstützung durch die Stadt Hannover im Rathaus durchgeführt werden. Mit gut 220 Teilnehmenden und Mitwirkenden übertraf die Veranstaltung alle Erwartungen, aus Platzgründen musste weiteren Interessierten leider abgesagt werden.

Für die Referate und Inputs konnten auch dieses Mal ExpertInnen aus den Kommunen, von Freien Trägern der Wohnungslosenhilfe und der Wissenschaft gewonnen werden. Teilnehmende kamen wie angestrebt aus Städten und Kommunen, von Freien Trägern und Verbänden, aber auch von ARGEn – aus dem gesamten nord- und nordost-deutschen Raum.

Wie in Stuttgart standen im Mittelpunkt der Tagung die Kooperation zwischen Kommunen, ARGEn und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten, die besonderen Problemlagen der Unter-25-Jährigen und die Frage, wie auch im ländlichen Raum präventive Hilfen organisiert werden können. Die PowerPoint-Präsentationen und Vorträge der ReferentInnen und der BerichterstellerInnen sind auf der Website der BAG W dokumentiert.



Hilfen für Frauen in Wohnungsnot

Anders und doch so gleich - Migrantinnen in der Wohnungslosenhilfe

18. / 19. Juni 2009, Göttingen

Die Fachtagung wurde von insgesamt gut 80 Teilnehmenden und Mitwirkenden besucht. Die Teilnahme war im Vergleich zu den vorjährigen Frauenfachtagungen etwas geringer. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, reisten die Teilnehmerinnen aus Großstädten und städtischen Ballungsgebieten an. Dies deutet darauf hin, dass die Arbeit mit Migrantinnen vor allem – zumindest gegenwärtig – eine Herausforderung für die Mitarbeitenden und Einrichtungen in den größeren Städten ist. Mit der Tagung wurden außerdem überwiegend Mitarbeitende aus ambulanten und niedrigschwelligen Einrichtungen angesprochen. Für den inhaltlichen Input konnten insbesondere Referentinnen mit eigenem Migrationshintergrund, Referentinnen aus dem Bereich der interkulturellen Kommunikation sowie von Einrichtungen für Migrantinnen gewonnen werden.

Insgesamt konnte mit der Tagung eine Vielzahl von Aspekten und Problemlagen aufgegriffen werden, die für die Arbeit mit Migrantinnen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit essentiell sind. Den Teilnehmenden wurden wichtige Details vermittelt, die in der Beratungssituation unerlässlich sind und Wege aufgezeigt, wie die eigene Einrichtung eine stärkere interkulturelle Kompetenz entwickeln könnte.

Die Vorträge sind größtenteils auf der Website der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. dokumentiert sowie aktualisiert – unter Einbezug des Diskussionsverlaufs in den Arbeitsgruppen – auch in der *wohnungslos*, Heft 3 / 09 veröffentlicht.

Die Arbeitsgemeinschaft Soziale Einrichtungen und Werkstätten (AG SEW) hat in Kooperation mit der Geschäftsstelle der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. folgende Tagungen vorbereitet:

Umgang mit pädagogisch schwierigen Situationen

- Schwerpunkt: Aggressionsgeprägte Situationen

Fachtagung für Arbeitsanleiter/innen, Gruppenleiter/innen, Hauswirtschaftsleiter/innen

30. September bis 02. Oktober 2008, Bergisch-Gladbach

Zwischen Überforderung und Machbarkeit -

Arbeitsanleitung in der Krise des Arbeitsmarktes

Fachtagung für Arbeitsanleiter/innen, Gruppenleiter/innen, Hauswirtschaftsleiter/innen

22. September bis 24. September 2009, Weimar

Bundestagungen der BAG W 2007 und 2009

Wie immer wurde der thematische Rahmen von der Geschäftsstelle der BAG W in Kooperation mit einer Vorbereitungsgruppe entwickelt, die aus den Vorsitzenden aller Fachausschüsse der BAG W und der BBI bestand.

Damit konnte die fachliche Repräsentanz aller wichtigen Fachbereiche des Hilfesystems und der Betroffenen in der Bundestagung abgesichert werden.

Ist soziale Integration noch möglich?

Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung

7. – 9. November 2007, in Potsdam

Insgesamt besuchten die Tagung in Potsdam 500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Diese positive Resonanz allein zeigt schon, dass die Grundziele der Tagung – Anregung breiter Fachdebatten im Hilfesystem und intensiver Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden erreicht werden konnten. Ferner wurde durch einen wesentlich gegenüber den Vorjahren gestiegenen Teilnehmeranteil aus dem öffentlichen Sektor (ARGEN, Kommunen) die Kooperation zwischen öffentlichem Sektor und freigemeinnützigem Sektor verstärkt und dürfte zum besseren Verständnis beider Seiten beigetragen haben.

Die Dokumentation der Potsdamer Tagung erfolgte zeitnah auf der Webseite der BAG W und in 2008 in Buchform.

Ein weites Feld: Wohnungslosenhilfe – mehr als ein Dach über dem Kopf

Bewährtes verbessern, Neues annehmen, Kooperation gestalten, für Gerechtigkeit streiten

18. – 20. November 2009, München

Mit knapp 700 Teilnehmenden und Mitwirkenden wurden die Erwartungen abermals übertroffen. Die gute Resonanz belegt den enormen Bedarf nach Information, Austausch und Orientierung.

Die Präsentationen und Inputs werden zeitnah auf der Website der BAG W dokumentiert. Darüber hinaus werden die Referate als Tagungsdokumentation im BAG W - Verlag veröffentlicht.

VIII. BAG W – Positionen

In den Jahren 2007 bis 2009 sind bislang folgende Positions-, Diskussionspapiere und Empfehlungen erarbeitet, verabschiedet und veröffentlicht worden:

Merkblatt zu den rechtlichen Anspruchsgrundlagen nach den §§ 67 ff. SGB XII bei nichtdeutschen Personen

Erarbeitet vom Fachausschuss Sozialrecht der BAG W, verabschiedet vom Vorstand der BAG W am 08. 05. 2008

SGB II und SGB XII und die Folgen für die Hilfen in Wohnungsnotfällen

Positionspapier der BAG Wohnungslosenhilfe, erarbeitet vom Fachausschuss Wohnen der BAG W, verabschiedet vom Vorstand der BAG W am 26. 11. 2008

Beteiligung von Menschen in Wohnungsnot und in besonderen sozialen Schwierigkeiten am Arbeitsleben.

Arbeitsmarktpolitisches Programm der BAG W

erarbeitet vom Fachausschuss Arbeit, wird dem Vorstand am 26. /27. 11. 09 zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt.

IX. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit und Informationstätigkeit

Im Berichtszeitraum hat die BAG W Geschäftsstelle zu den folgenden Themen Pressemitteilungen veröffentlicht:

- 05.01.2007: Verfassungsrecht auf Wohnen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit
Wohnungslosenhilfedachverband fordert Initiative Deutschlands in der EU-Ratspräsidentschaft
- 06.09.2007: Prävention von Wohnungsverlusten: Verloren im Bermuda-Dreieck
ARGE – Fachstelle – Wohnungslosenhilfe freier Träger?
Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. in Kooperation mit der Fachstelle für Wohnungserhalt der Stadt Bielefeld
- 07.11.2007: Arm, alleinstehend, wohnungslos
Sozial- und Gesundheitsreform in weiten Teilen nachteilig für alleinstehende Wohnungslose – Bundestagung der Wohnungslosenhilfe in Potsdam eröffnet
- 22.04.2008: Europäisches Parlament fordert die Beseitigung der Wohnungslosigkeit bis 2015
- 03.06.2008: Trotz Rückgang der Wohnungslosigkeit sind zehntausende Haushalte vom Wohnungsverlust bedroht
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. kritisiert beschönigende Darstellung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung
- 12.06.2008: Bilanz nach zehn Jahren: Medizinische Hilfen für Wohnungslose wichtiger denn je
Arbeitsgemeinschaft der medizinischen Versorgung Wohnungsloser kritisiert Darstellung der Gesundheitspolitik der Bundesregierung im Armuts- und Reichtumsbericht
- 22.09.2008: Landesregierung NRW will Landesprogramm zugunsten Wohnungsloser stoppen
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. protestiert gegen die Einstellung des Landesprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“
- 28.11.2008: Aktuelle Herausforderungen bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten – Nachhaltige Konzepte für Fachstellen im ländlichen Raum und in der Stadt
Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) in Kooperation mit der Stadt Stuttgart

- 27.02.2009: Protest gegen die Streichung des NRW - Landesprogramms zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit erfolgreich
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe begrüßt das neue NRW-Aktionsprogramm zur Prävention und Bekämpfung der Obdachlosigkeit
- 06.05.2009 Aktuelle Herausforderungen bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten – Nachhaltige Konzepte für Fachstellen im ländlichen Raum und in der Stadt
Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) in Kooperation mit der ZBS-Sozialplanung Hannover – Diakonisches Werk des ev. luth. Stadtkirchenverbandes Hannover und mit Unterstützung der Stadt Hannover
- 06.08.2009 Bundestagswahl, Kommunal- und Landtagswahlen:
Wohnungslose müssen Fristen zum Eintrag ins Wählerverzeichnis beachten

Die Pressemeldungen finden sich alle auf der Website www.bagw.de (Archiv der Pressemitteilungen).

Daneben wurden laufend die Anfragen von Presse, Fach- und allgemeiner Öffentlichkeit sowie von Studierenden und SchülerInnen zu allen Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit beantwortet - entweder individuell oder bei allgemeinen Anfragen mit Hilfe der BAG W - Faktenblätter bzw. der BAG Materialliste, in der alle fachlichen Empfehlungen der BAG W, die in der Zeitschrift *wohnungslos* dokumentierte Rechtsprechung, die Themenschwerpunkte der *wohnungslos* sowie einzelne wichtige Fachbeiträge aufgelistet sind.

Wanderausstellung

„Wohnungslose im Nationalsozialismus“

Seit 2004 wurde die Ausstellung bundesweit gezeigt, zuweilen mit Laufzeiten vor Ort von bis zu 20 Wochen.

Die große und andauernde Nachfrage zeigt, dass die Ausstellung ein sehr gutes Instrument zur Öffentlichkeitsarbeit ist, das auch bewusstseinsbildend für die Gegenwart wirkt. Dies wird noch verstärkt, wenn man die zahlreichen Veranstaltungen und die intensive Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt, die von den einzelnen Veranstaltern vor Ort auf die Beine gestellt worden sind.

X. Publikationen

Folgende Publikationen wurden im Berichtszeitraum 2007 bis 2009 veröffentlicht:

- Ayaß, W.: Wohnungslose im Nationalsozialismus. Begleitheft zur Wanderausstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Bielefeld 2007



- Schröder, H.: Statistikbericht 2004 – 2006 der BAG W, hrsg. von der BAG W, Bielefeld 2008
- Drei Ausgaben des Verzeichnisses der Wohnungslosenhilfe Wo + Wie, hrsg. von der BAG W, Bielefeld 2007, 2008, 2009

Das Verzeichnis ist nach Bundesländern geordnet und innerhalb der Länder nach Ortsnamen. Es enthält Informationen zu Adressdaten, Lage, Leitung, Öffnungszeiten sowie zu Aufnahmebedingungen, Leistungstypen und Hilfeangebote.

Die Ausgabe 2007/2008 enthielt Adressen von ca. 900 Sozialen Diensten und Einrichtungen im Bundesgebiet mit ausführlicher Darstellung der Angebote.

Mit der Ausgabe 2008/2009 konnte im Jahr 2008 die Zahl der dargestellten Dienste und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe noch einmal deutlich auf mehr als 970 gesteigert werden. Im Jahre 2009 setzte sich dieser Trend für die Ausgabe 2009/2010 fort: Mehr als 1.050 Dienste und Einrichtungen werden auf 1.120 Seiten vorgestellt.

Materialien zur Wohnungslosenhilfe (MzW):

Heft 59 Hajen, L., Ishorst-Witte, F.: Stationäre Versorgung Wohnungsloser in einem System der Fallpauschalenfinanzierung, Bielefeld 2008

Heft 60 Schröder, H.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Dokumentation der BAG W Bundestagung 2007, Bielefeld 2008

Fachzeitschrift *wohnungslos*

Folgende Schwerpunktthemen - neben weiteren Beiträgen in den Rubriken „Praxis“, „Theorie und Forschung“, „Rechtsprechung“, „Dokumentation“ und im Magazin - wurden seit 2007 aufgegriffen:

1/2007	Bürgerschaftliches Engagement
2/3 2007	Zwei Jahre SGB II und SGB XII-Konsequenzen und Herausforderungen (Doppelheft)
4/2007	Migration und Wohnungslosigkeit
1/2008	Bildung und Qualifikation – berufliche und allgemein bildende Qualifikationsmaßnahmen für wohnungslose Menschen
2/2008	Methoden der sozialen Arbeit
3/2008	Süchtige Klientinnen der Wohnungslosenhilfe
4/2008	U-25-Jährige im Dschungel der Sozialgesetzbücher
1/2009	Sozialberichterstattung in der Wohnungslosenhilfe
2/2009	Brauchen wohnungslose Männer spezifische Männerhilfen?
3/2009	Regionale Vernetzung

XI. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, sozialpolitische Vertretung

Die Geschäftsstelle besuchte den Arbeitskreis Gefährdetenhilfe beim Deutschen Verein und brachte ihre fachliche Sicht ein bzw. erfuhr dort von aktuellen sozialrechtlichen Entwicklungen.

Ferner besuchte die BAG W den Beirat Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Die Fortführung der Arbeit für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sowie dessen Auswertung standen im Mittelpunkt. Dem BMAS wurde dazu eine Stellungnahme der BAG W übermittelt.

In der Delegiertenversammlung der NAK ist die BAG W ebenfalls durch die Geschäftsstelle vertreten und bis 2007 auch durch eine Vertreterin der AG Med.

Eingesetzt hat sich die BAG W für den Erhalt des NRW Modellprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – Dauerhaftes Wohnen sichern“. In den Anhörungen des Landtags NRW sind ausführliche Stellungnahmen vorgelegt worden. Das Engagement der BAG W und zahlreicher Verbände und Institutionen der Kirchen und öffentlichen Wohlfahrtspflege war insofern, dass nun ein modernisiertes Förderungsprogramm in NRW aufgelegt werden soll, erfolgreich.

Darüber hinaus vertrat die BAG W ihre Positionen auf Fachtagungen durch Vorträge und Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Pressekonferenzen etc.:

Datum	Veranstaltung
16.01.2007	Beraterkreis Armuts- und Reichtumsbericht
28.02.2007	Podiumsdiskussion im Rahmen der Präsentation der Ausstellung „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ in Hannover
22.03.2007	NRW-Beirat zur Wohnungsnotfallberichterstattung
05.06.2007	Deutscher Verein - AK Gefährdetenhilfe, Berlin
13.06.2007	Vortrag „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“, Frankfurt a. Main
05./06.07.2007	Teilnahme am Berbertreffen in Offenburg
12.09.2007	Mitveranstalter der Tagung „Begegnung mit süchtigen Klienten - eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ und Moderation des Tagungsforums „Wer keine Wohnung hat, bleibt süchtig - wer süchtig bleibt, kriegt keine Wohnung: Hilfemodelle und erforderliche Bündnispartner“
12.10.2007	Vortrag zum Jubiläum „20 Jahre Szenia“ - Tagesaufenthalt und Anlaufstelle für Frauen in Hannover

22.11.2007	Vortrag bei der Fachtagung „Hilfen für Frauen in Wohnungsnot“ des Netzwerks FrauenWohnen im Rhein - Sieg - Kreis, Kreishaus Siegburg	05.-07.11.2008	EvO-Tagung, Hamburg – Vortrag und Teilnahme Podium
30.11.2007	Vortrag „Anforderungen an die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen aus der Sicht der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.“ beim 13. Kongress „Armut und Gesundheit“ in Berlin	19.11.2008	Fachtag ZBS Kassel, Vortrag
04.12.2007	Kooperationstreffen mit Evangelischer Obdachlosenhilfe, Eisenach	06.12.2008	Herford, Teilnahme Podiumsdiskussion
12.02.2008	Workshop Sozialberichterstattung, Berlin	08.+09.12.2008	Fachtag Nürnberg – Vortrag „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“
18.02.2008	Deutsch- französischer Erfahrungsaustausch - Besuch einer Delegation der französischen Organisation ANIL (Nationale Agentur für Informationen über das Wohnungswesen). ANIL berät das französische Wohnungsbauministerium und die französische Wohnungswirtschaft.	11.12.2008	Fachtag Hannover – Vortrag „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“
04.03.2008	Vortrag im Rahmen der Präsentation der Ausstellung „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ in Ahlen	21.01.2009	Landesprogramm NRW „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“, Stellungnahme der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages NRW
05./07.03.2008	Deutscher Verein - Fachtagung zum SGB – Vortrag zur Kooperation ARGENT und Wohnungslosenhilfe	28.01.2009	WHV-Tagung, Vortrag „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“
01.04.2008	Fachvortrag: „Geschlechterspezifische Hilfen für Frauen in Wohnungsnot“ beim Paritätische Wohlfahrtsverband NRW, Fachgebiet Frauenprojekte	17.03.2009	schriftliche Stellungnahme der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. zur Öffentlichen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtags NRW
30.04.2008	Pressekonferenz zur Eröffnung der Ausstellung „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ in Gütersloh	24.03.2009	Beraterkreis ARB III, Berlin
06.05.2008	Fachtag Frankfurt – Vortrag „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“	20.04.2009	Fachgespräche mit Vertretern der Bundestagsfraktionen B90/Die Grünen und Die Linke, Berlin zu SGB II und XII
06.05.2008	Anhörung zum Thema „Junge erwachsene Frauen in Frauenhäusern und in der Wohnungslosenhilfe“, Rathaus Minden	30.04.2009	Teilnahme an der Delegiertenkonferenz der NAK (Nationale Armutskonferenz)
06.06.2008	Beraterkreis ARB III, Berlin	13.05.2009	Fachvortrag: „Wohnungslos, pflegebedürftig in der Bundesrepublik“ bei der Fachtagung „Gesundheitsversorgung und Pflege für Wohnungslose“ des Diakonischen Werkes Hamburg
30.06.2008	Veranstaltung „Armut und soziale Ausgrenzung unter räumlicher Perspektive“, Essen	05.06.2009	Fachtag Osnabrück, Teilnahme Podiumsdiskussion
8./9.10.2008	Fachtagung „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement“, Vortrag „Kooperation“	22.06.2009	Referat „Sozial Randständige und Wohnungslose als Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechter Gewalt - Entwicklungen und Situationsbeschreibung in Deutschland“ beim gleichnamigen Seminar der Beratungsprojekte für Opfer rechter Gewalt in den neuen Bundesländern und Berlin, Werftpfuhl bei Berlin
16.10.2008	Landesprogramm NRW „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“, Stellungnahme der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW	27.08.2009	Vortrag „Demographischer Wandel in der Wohnungslosenhilfe bei Frauen“ beim Arbeitskreis § 67- Frauen in NRW, Dortmund
		24.09.2009	Vortrag Caritas Köln „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“



- 29.09.2009 Vortrag Berlin, „Zukunft der Wohnungslosenhilfe“
- 07.10.2009 Teilnahme an der Delegiertenkonferenz der NAK (Nationale Armutskonferenz)
- 12.10.2009 ExpertInnen-Gespräch / Fokusgruppe „Innovative Ansätze zur Wohnraumversorgung der Zielgruppe Wohnungs- bzw. Obdachloser und von Menschen in prekären Wohnsituationen“ im Rahmen einer Konsultation der Europäischen Kommission zur Situation und zu den Politiken zur Obdachlosigkeit in Europa, Berlin
- 27.10.2009 Vortrag Fachtag, Eckpunkte für Arbeitsmarktpolitik und Arbeitshilfen für Menschen in Wohnungsnot, Nürnberg
- 06.11.2009 Podiumsdiskussion „Effiziente lokale Wohnungsmärkte im 21. Jahrhundert - Wie viel Einfluss der Kommunen ist nötig?“ beim 3. Halleschen Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft (KoKoWi), Institut für Wirtschaftsforschung Halle

XII. Schlussbemerkung

Alle in diesem Jahresbericht erwähnten Dokumente sind auf der Website der BAG W dokumentiert oder können kurzfristig als pdf-Dateien übersandt werden.

Bei Rückfragen zu einzelnen Themen oder Vorgängen stehen Ihnen die Mitarbeitenden gerne zur Verfügung.

Dr. Thomas Specht, Geschäftsführer, insb. Fachbereiche: „Arbeit“, „Dokumentation und Statistik“, „Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung“, „Sozialrecht“

Werena Rosenke, stellv. Geschäftsführerin, insb. Fachbereiche: „Frauen“, „gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser“, „Wohnen“, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion Zeitschrift *wohnungslos*

Petra Kipp, Ursula Vollert, Udo Husemann: Sekretariat und Verwaltung

Ursula Vollert: Verzeichnis Wo + Wie

Impressum:

Bundesarbeitsgemeinschaft

Wohnungslosenhilfe e.V.

Postfach 13 01 48

33544 Bielefeld

Tel. (05 21) 1 43 96-0

Fax. (05 21) 1 43 96-19

E-mail info@bagw.de

Bielefeld, November 2009

Redaktion: Werena Rosenke, BAG W

Die BAG ist auf Ihre Spende angewiesen.

Spenden sind steuerabzugsfähig.

Kto.-Nr. 6 426 555, BLZ 480 501 61, Sparkasse Bielefeld und

Kto.-Nr. 162 444-309, BLZ 250 100 30, Postgiro Hannover